

el

traße.

Der

ste Handelskurs:

chführung

rrespondenz

ndelslehre,

um. Rechnen

enographie

Reichskurzschrift)

aschinen-

schreiben

beginnt 1756

7. Januar 1925.

ildung erb. an

solde Gut

Nagold

Calwerstrasse.

erei Büsing

Stuttgart

n. reinigt schnell

und gut.

Anzahlreife:

u Frida Stiefel

ntreiskursch, Nagold.

Abreib-

alender

für 1925

grosser Anwalt

W. Zaiser, Nagold.

tesdienst

ng. Gottesdienst

Abend (14. Sept.)

agold vom. 10 Uhr

menstagen 10 Min.

berigt (Schuler),

er Kindergarten,

er Schillerstr. (14

er), abds. 7,30 Uhr

angehende im Ver-

umoch, abends 8 Uhr

unde im Vereinshaus.

ehausen: Sonntag

he Frühpredigt.

erstag 7,30 Uhr

unde (Die Bibel, des

von Sünde u. Gnade).

Gottesdienste der

thobildungsgemeinde

agold: Sonntag

7,10 Uhr Vorbigt

geht K. Müller),

hr Sonntagsschule,

7,30 Uhr Vortrag

Müller).

Montag bis Freitag

8 Uhr Vorträge von

geht K. Müller über:

und Familie.

hausen: Sonntag

8 Uhr Vorbigt.

hol. Gottesdienst.

ag. 14. Dez. 7,30 Uhr

ndienst in Nagold,

hr Gottesdienst in

7,10 Uhr Sonntag-

7 Uhr Abend.

ag. 15. Dez. 7,10 Uhr

ndienst in Nagold.

ag. 19. Dez. 7,30 Uhr

ndienst in Nagold.

erhalten zu jedem Besu-
che. Befehlungen nehmen
jedenfalls Postkarten
und Briefchen entgegen.

Genossenschaft
monatlich 4 L. 30
inkl. Zeitschrift,
aus Nr. 10 Goldpfg.
Kontingente f. Anzeigen.
Die einjährige Zeile auf
goldpfg. Briefen ober
dem Platz 12 Gold-
pfg. Zeilen. Resten 25
Goldpfg. Zeilen. Bei
10 Goldpfg. Zeilen. Bei
jährlich. Beiträgen und
Wohlfahrt in der. Kabat
1922g.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit illustrierter Sonntagsbeilage „Feiertunden“

Verantwortliche Redaktion in
Oben Nagold. — Ver-
eigen Red. haben ein
besten Erfolg.

aus dem. Nachdruck ohne
schriftl. Bewilligung
ist nicht zulässig. — Ver-
antwortung für die Redak-
tion übernimmt die Ver-
waltung des Blattes. —
Veränderung der Redaktion
1. November 1922.

Telegraphen-Adresse:
Nagold-Tagblatt.
Verlagsadresse:
Nagold-Tagblatt.
Verlagsort:
Nagold 6112.

Nr. 295 **Gegeündet 1838.** **Montag den 15. Dezember 1924** **Preis pro Nummer 20.** **98. Jahrgang**

Tagespiegel

„Das Germania“ soll die Deutsche Volkspartei beabsichtigen, den bisherigen Reichsinnenminister und Reichsanwalt Dr. Jares als Kandidaten für das Amt eines Reichspräsidenten aufzustellen.

Die Deutschen Reichslandwirte haben im ersten De- zemberheft über günstige Entwicklung berichtet. Vom 1. bis 10. Dez. sind der Reichshauptkasse wieder 8,6 v. H. mehr an Einnahmen für Zölle und Steuern zugegangen als im gleichen Zeitraum des Vormonats.

Die im Ruhegebiet haltgelundene Betriebsversammlung haben den Schiedspruch des Reichsarbeitsministers vom 10. d. Mts. gegen eine starke Minderheit angenommen.

Die Konferenz der alliierten Finanzminister, die sich mit der Verteilung der Zahlungen aus dem Dawidsplan sowie mit der Liquidation der Ruhrbesetzung beschäftigen wird, wird am 6. Januar in Paris zusammenkommen. Der Präsi- dent der Vereinigten Staaten behauptet, daß die amerikanische Regierung durch den amerikanischen Beobachter bei dem Wiederaufbauauswahlschritt vertreten werde.

Präsident Coolidge hat erklärt, er beabsichtige im näch- sten Sommer eine Abreisekonferenz einzuberufen. Vor- er seine Einladung erteilt, warf er auf eine Mitteilung bezüglich der Ausschreibung über die Abreisekonferenz, deren Abhaltung der Völkerbund geplant hätte.

Die japanische Presse bekämpft die Absicht der englischen Regierung, den Bau der Flottenbasis von Singapur wieder aufzunehmen. Die Blätter erklären, dies stelle eine unmittel- bare Bedrohung Japans dar, ganz besonders im Zusammen- hang mit den großen amerikanischen Flottenmandatoren, die für das nächste Jahr im Stillen Ozean geplant sind.

Die Aufwertung

Ein Zwischengebiet

Zu den wichtigen wirtschaftspolitischen Aufgaben, die der Reichstag nach Ueberwindung des leidigen Parteikonflikts zu lösen haben wird, gehört die Aufwertungsfrage. Der emliche Drah lindigt eine Anordnung des Reichspräsi- denten an, die sowjogen ein reichendes Zwischengebiet bringen wird, oder, deutscher gesagt, neue Schranken gegen die unauflösbare fortwährende Rechtsprechung aufzurichten lacht. Den Anlaß zu dieser Maßnahme, die nach Artikel 48 der Reichsverfassung wegen „Vorliegen eines Notstandes“, getroffen wird und nur vom Reichstag wieder aufgehoben werden kann, bilden neben Urteilen des Reichsgerichts das jüngste Urteil des preussischen Kammergerichts, das eine un- begrenzte Aufwertung der nicht hypothekarisch gesicherten Forderungen zuließ. Die Verordnung verschafft der viel- umstrittenen dritten Steuernotverordnung volle Gültigkeit, verlängert gewisse Fristen bis zum 31. März 1925 und be- deutet — man muß die Dinge immer auch einmal von der anderen Seite betrachten — den Kampf des staatlichen Wadtwillens gegen die richterliche Vernunft. Freilich hat der Staat für sein Vorgehen keine guten Gründe. Er be- kämpft die Durchsicherung der dritten Steuernotverordnung, damit nicht aus Anleihen und sonstigen Schulden Ansprüche entstehen, die er, der Staat nicht befriedigen kann, es sei denn auf dem schiefen Wege einer neuen Geldentwertung. Es ist auch richtig: Eine durch Nichterfüllung durchgeführte Verordnung führt nicht etwa automatisch die allgemeine Aufwertung herbei, sondern nur ein neues Gesetz kann dies bewirken. Es entsünde nur wieder das wirre Durchein- ander, das sich in der Zeit vor Erlaß der dritten Steuer- notverordnung gezeigt hat. Abgesehen davon aber können durch Außerkräftung der dritten Steuernotverordnung auch wesentliche andere Bestimmungen ins Rutschen, so die Vorschriften über die Goldbilanzen, der gesamte Finanz- ausgleich zwischen dem Reich, den Ländern und den Ge- meinden. Kurz, es träte ein für den Staat sowohl als auch für die Wirtschaft heillos verwirrer Zustand ein, und denen, die man retten will, den durch die Geldentwertung verur- teilten Sparern, Hypotheken- und Rentgläubigern wäre nicht geholfen.

Die Vordränge, die im sogenannten Aufwertungs- auslaß des alten Reichstages zur geschicklichen Lösung ge- macht wurden, sind sämtlich unter den Tisch gefallen. Um die Austragung der widerstreitenden Ansichten helfen sich ver- dient gemacht Dr. Meißner vom Zentrum, Dr. Steiniger von den Deutschen Landwirten, die Abgeordneten Dr. Gerson und Dornburg von den Demokraten. Auch die Sozialdemo- kratie hatte einen Plan aufgestellt, die Schaffung eines sozialen Aufwertungsfonds, aus dem die Versicherungen und Spar- er entschädigt werden sollen. Wenn alle diese Vordränge im neuen Reichstag wieder auftauchen, so wird doch werf- lich die Grundfrage ausgelöst werden müssen: Soziale oder rein juristische Lösung? Die Parteien haben dem verurteilten Sparer nicht gerade nahe bei Berge oder doch weitgehende Hilfe versprochen. Werden sie ihr Versprechen erfüllen können? Die Organisationen der Anstaltens- arbeiter, vor allem der Hypothekensparbanker, und Spar- er-Schutzverband hält an der „perdichten Aufwertung“, d. h. also an der juristischen Lösung fest, wie sie z. B. in dem Ge-

legenentwurf des Oberlandesrichterspräsidenten Dr. Best, Darmstadt, niedergelegt ist. Der Bestliche Entwurf will ver- bünden, daß die Rechtsfrage der Aufwertung in eine loyalste Stillfrage abgebeugt wird. Der Gegenlaß, den wir hier darzustellen, wird in den Verhandlungen des neuen Reichs- tages eine große Rolle spielen, und der Kampf um die Lö- sung wird wahrscheinlich auf politischem Boden ausgetragen werden. Ist die Regierung links gerichtet, so liegt voran- sichtlich der loyalste Gedanke. Ist sie rechts gerichtet, so dringt die Rechtsfrage durch.

Freilich könnte auch dann eine allgemeine Aufwertung nur so weit stattfinden, als bei den Schuldlosen vor allem beim Reich, den Ländern und Gemeinden die Mittel dazu vorhanden sind. Im Augenblick scheint es so, als wolle auch dieses Wunder geschehen. Aber in Wahrheit werden die deutschen Finanzen zuerst doch nur durch die Reparations- anleihe über Wasser gehalten. Was geschieht, wenn die Re- parationszahlungen mit voller Macht einziehen? Wird dann der Staat aufwerten können? Aufwertung und Repara- tion, das hält der gepöhlte deutsche Steuerzahler nicht aus.

Der Prozeß Ebert—Stohardt

Nagdeburg, 12. Dez. In der gestrigen Nachmittags- sionung wird als erster Zeuge Oberbürgermeister Scheidemann vernommen, der u. a. ausfragte: Der Streik brach ohne daß wir etwas davon gewußt hätten, aus. Es fanden dann mehrere Sitzungen der Streikleitung statt, an denen auch Ebert, Bauer und Dittmann, sowie ich teilnahmen. Durch unser Wirken wurde der Streik bald beendet und alles in ge- regelte Bahnen gelenkt. Scheidemann betonte, daß die För- derungen der streikenden Reichstagsabgeordneten gar nicht be- kannt waren, und legt ausführlich dar, daß die Wehrheits- sozialisten auch deswegen in die Streikleitung gingen, weil es ihre Pflicht gewesen sei, zu verhindern, daß die Arbeiter unter dem Einfluß unheimlicher, dunkler Kräfte gerieten. Am 23. Sept. 1918 traten Reichstagsabgeordnete und unser Parteivorstand mit der Aufforderung des Prinzen Max von Baden an unsere Partei, in die Regierung einzutreten, sich beschäftigten, sagte der Abg. Ebert: Wir standen bisher zwar immer auf dem Boden der Landesverleihigung, und es ist ganz selbstverständlich, daß wir dabei bleiben wollten, war er ganz erschüttert. Er schloß sich geradezu bei seinen weiteren Ausführungen und sagte, nun sei erst recht die nationale Verteidigung unsere Aufgabe. Wir dürfen uns in diesem Augenblick dem Rufe zum Eintritt in die Regierung nicht entziehen, trotz aller Angriffe, denen sich die Partei dadurch aussetzen würde. Es folgte die Vernehmung des früheren Reichstagsabgeordneten und jetzigen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Bauer. Dieser war zur Zeit des Januarstreiks Vorsitzender der Generalkommission der Ge- werkschaften und hat damals mit Ebert und dem jetz. Partei- vorstand wiederholt über den Streik verhandelt. Bauer be- deutete: Bei allen solchen Besprechungen wurde vom Partei- vorstand, ganz besonders von Ebert, der Standpunkt vertre- ten, daß der Streik ein Unglück sei und daß man alles tun müsse, ihn so früh wie möglich zu beenden. Der Eintritt in die Streikleitung diente nur diesem Zweck. Der Abg. Ebert hat wiederholt auch in persönlichen Gesprächen gesagt, daß es ein verdröherischer Irrtum wäre, wenn man den Streikenden raten würde, einem Gestaltungsbecht nicht zu folgen.

Zu Beginn des heutigen vierten Verhandlungstages be- schloß das Gericht auf Antrag der Vertreter des Reichs- anwalts, den Professor Weber zu laden, der nach Ausführungen des Reichsanwalts Heine mit dem damaligen Parteivorstand- den Ebert darüber beraten haben soll, wie der Streik am schnellsten zu erledigen sei. Außerdem werden auf 16. d. M. noch 14 andere Zeugen geladen, unter ihnen der Abg. Dr. Boehme vom Bauernbund. Die Zeugenvernehmung wird sodann fortgesetzt. Zeuge Hermann Müller, der frühere Reichstagsabgeordnete, bestritt, beim Internationalen Sozialisten- kongress den ihm zugeschobenen Satz gesprochen zu haben, die größte Tat für die Herbeiführung des Friedens sei der Streik vom Januar 1918 gewesen. Der sozialdemokratische Parteivorstand wäre gegen den Ausbruch des Streiks ge- wesen und habe auch sofort dahin gewirkt, ihn gleich zu Ende zu führen. In dem Parteivorstandsbericht von 1919 habe er nicht richtig berichtet. Auf die Frage der Verteidigung, ob es nicht richtiger gewesen wäre, wenn der Vorstand der SPD vor dem Streik gemahnt haben würde, anstatt in das Streik- komitee einzutreten, antwortete der Zeuge: Dazu wäre es zu spät gewesen. Der Streik, der uns überraschte, war schon da. Um die Arbeiter in unserer Hand zu behalten und den Streik schnell zu beenden, war der Vorstand der SPD in die Streikleitung eingetreten. Ueber seine Tätigkeit als Zensor des „Vorwärts“ sagte der Zeuge aus, er habe lediglich zu prüfen gehabt, ob irgendein Artikel oder eine Notiz ein neues Verbot des „Vorwärts“ nach sich ziehen würde. Der Einfluß des Parteivorstandes auf die Schriftleitung des „Vorwärts“ sei immer sehr gering gewesen und eine Ber- eanwortung für im „Vorwärts“ erschienene Artikel könne

ihm niemals zugeschrieben werden. Zeuge Rieth berichtet über die Vorstandskonferenz am 1. Februar 1918, nach der der Streik am andern Tage als bestimmt erklärt wurde.

Nagdeburg, 14. Dez. Der Zeuge Rieth erklärt, Rieth sei vom Parteivorstand nach Chemnitz geschickt worden, um den dort stattfindenden Streik vollends anzuknüpfen. Der Abge- ordnete Bauer habe auf einer Konferenz am 1. Febr. 1918 ge- meint, ein Brief, den er (der Zeuge) von dem Zeugen Schöbe-Chemnitz erhalten habe und in dem von der Sen- dung Rieth die Rede war, müsse vernichtet werden, damit er nicht in falsche Hände fallen könne, sonst würde Rieth eine Last wegen Landesverrats erhalten. Zeuge Schöbe sagt aus, daß er einen solchen Brief nicht ge- schrieben habe. Zeuge Harber bekundet, daß in dem fraglichen Brief seines Wissens die Mitteilung gekündet hätte, in Chemnitz sollten Streiks beginnen. Die Verteidigung fragt den Zeugen, was er davon wisse, daß Rieth in der Konferenz erklärt habe, eine Politik mit doppeltem Boden mache er nicht mehr mit, und daß Bauer erwidert habe, so etwas komme nicht vor. „Vernichtet den Brief, sonst kann Rieth wegen Landesverrats angeklagt werden.“ Zeuge Bauer berichtet über die Konferenz am 1. Februar 1918. Sie sei zu dem Zweck einberufen gewesen, festzustellen, wie sich die Generalkommission der Gewerkschaften zu dem in Berlin aus- gebrochenen Streik verhalten sollte. Die Meinungen der Ge- werkschaftsführer stimmten mit denjenigen des Parteivo- rstandes überein. Auf die Frage, ob die Behauptung des Zeugen Rieth stimmt, Bauer hätte die Beherung geäußert, er habe dem Reichstagsabgeordneten (Hertling) wohl gemerkt, den Eisen- bahnerstreik verhindern zu haben, erklärt Bauer, daß die Parteileitung den Streik wohl verhindert habe, daß er aber niemals eine solche Beherung geäußert habe. Es sei wohl all- gemein bekannt, daß gerade Rieth immer gegen den Gene- ralsstreik gewesen und für die Weiterführung der Landesver- leihigung gewesen sei. Auch eine Partei könne nicht alles auf den Markt hinaustragen, und deshalb habe er wohl geraten, den Brief über die Sendung „Rieth“ zu vernichten. Was in Flugblätter habe, brauche nicht immer mehr zu sein. Er habe uns gegen den Streik gestäubt.

Zeuge Rieth berichtet über die Verhandlungen des Parteivorstandes, die bei Ausbruch des Streiks haltgelunden seien. Er erklärt, sehr erstaunt darüber gewesen zu sein, daß ein Mann von so unbedeutendem Charakter und der verdröherischen Gesinnung wie Ebert die Beherung der Zeu- gungsangriffen ausgeübt sei. Ebert habe damals seinen Na- men genannt, als es gesalhen habe, den Wehrheitsstreik in Kiel zu verhindern. „Ich sei der einzige, der hier mit Er- folg verhandeln könne.“ In Chemnitz sei überhaupt kein Be- schluß gefaßt worden. Wenn ich allerdings ermächtigt hätte, dann wäre gestreift worden. In Chemnitz wurde damals lediglich der Versuch gemacht, den Streik herbeizuführen. Ich habe mit voller Ueberzeugung dafür velegt, daß ein Beschluß bis zum Sonnabend verschoben wurde, denn dann war keine Gelegenheit mehr zum Streik da. Wir wurden dann auch Bewillerte darüber gemacht, daß ich eine Beschlußfassung absichtlich hinausgeschoben und den Beginn des Streiks da- mit verhindert habe.

Neue Nachrichten

Steuererleichterungen?

Berlin, 14. Dez. Wie die „Vossische Zeitung“ hört, will das Reichsfinanzministerium bezüglich der Einkommens- und Körperschaftsteuer 1924 den Entwurf eines Ueberleitungs- gesetzes schaffen, auf Grund dessen unter bestimmten sach- lichen Voraussetzungen, so z. B. gänzliche oder teilweise Still- legung, Verlustpreise und sonstige Verluste, dem Steuerzah- ler das Recht zusehen soll, um teilweise Rückerstattung der Steuern einzufordern. Für die Einkommens- und Körper- schaftsteuer 1915 sei geplant, die monatliche Vorauszahlung der Vorauszahlung soll den individuellen Verhältnissen an- gepaßt werden. Bezüglich der Vermögenssteuer soll ein Be- wertungsgesetz zum 31. Dez. geschaffen werden, das die Grundlaße für alle steuerlichen Vermögenswertungen ab- geben soll. Die Bewertung soll von den Finanzämtern in engem Zusammenarbeiten mit den wirtschaftlichen Kreisen vorgenommen werden. Die Umsatzsteuer soll auf 1 v. H. ermäßigt werden.

Dresden, 14. Dez. Am sächsischen Landtag erklärte Fi- nanzminister Reinhold, daß die Finanzminister aller Län- der es sehr für ihre Pflicht hielten, mit Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaft hervorzutreten. Besonders solle dahin gestrebt werden, die Lasten für Gas, Wasser und Elektrizität herabzusetzen. Weiter hätten sich die deutschen Finanzminister verpflichtet, im Rahmen des Möglichen auch auf eine Senkung der Reichsteuern hinzuwirken. Die säch- sische Regierung werde darauf hinarbeiten, daß die Steuer- schuldigkeit der Länder wiederhergestellt, zum mindesten aber den Ländern und Gemeinden die Zuschlagsmöglichkeit wiedergegeben werde.

Kommunistischer Standal im mecklenburgischen Landtag.
Berlin, 14. Dez. Am mecklenburgischen Landtag kam es zu Vorkämenen. Nicht kommunistische Abgeordnete, deren



neunter Kollege seit dem Sommer meiste eines Hochverratsverfahrens in Untersuchung ist, meldeten sich wiederholt zur Geschäftsordnung zum Wort. Der Präsident lehnte auf Grund der verschärfsten Geschäftsordnung die Erteilung des Wortes ab. Nun kam es zu heftigen Zwischenfällen, wobei ein Abgeordneter doch das Wort ergriff. Die Sitzung wurde darauf für zehn Minuten vertagt. Der Reichsausschuss beschloß in dieser Pause, den betreffenden Abgeordneten gemeinsam aus dem Saale entfernen zu lassen. Nachdem nach Wiederaufnahme der Sitzung dieser Beschluß durchgeführt worden war, verließ ein zweiter kommunistischer Abgeordneter, und dann ein dritter und vierter das Wort zu ergreifen. Auch diese drei Abgeordneten wurden gewaltsam aus dem Saale entfernt. Die nach anwesenden Mitglieder der kommunistischen Fraktion machten derartigen Lärm, daß auch sie vor die Türe gesetzt werden mußten. Alsdann konnte die Sitzung ihren Fortgang nehmen.

Gegner gegen die Rüstungsarbeiten

Kopenhagen, 14. Dez. Reichswehrminister Dr. Götter erklärte in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter des Blattes „Sozialdemokrat“ zu einem Artikel des Oberleutnants Bassen, der sich mit Deutschlands angeblicher Nichterfüllung der Abrüstungsbestimmungen befaßt: Wenn Bassen darüber Überlegungen anstellt, ob Deutschland künftig einmal wieder zu einer kriegerischen Unternehmung fähig sein wird, so will er eine Gleichung mit lauter unbekanntem Glieden aufstellen. Trotz aller bitteren Enttäuschungen wurzelt der Gedanke einer europäischen Gemeinschaft zu fest im deutschen Volke, als daß es einen Krieg herbeiführt. Wir haben das schwere Opfer gebracht, unsere Waffen zu zerlegen und unser Heer auf 100 000 Mann zu verringern. Was über angebliche Mißnahmen Deutschlands berichtet wird, gehört in das Reich der Fabel. Wir hätten bei unserer Finanzlage auch gar nicht das Geld zu einer großen Rüstung, denn auch die deutsche Industrie kann sie nicht umsonst liefern. Die Bedingungen, zu denen die Soldaten sich verpflichten müssen, haben bis jetzt verhindert, daß der Sollbestand von 100 000 Mann jemals erreicht worden ist. Die Bemerkungen über die Schutzpolizei zeigen, daß Bassen keine Kenntnis von den tatsächlichen Verhältnissen hat. Irgeiwelche Beziehungen zwischen der Polizei und dem Heere bestehen nicht. Die „Generalinspektion“, der Deutschland 3 H. unterworfen ist, hat noch keine Waffen gefunden, die nicht eingekassiert sind. Endlich der Vorwurf, das deutsche Heer sei diszipliniert und ehre seine Uniformen. Das ist die Wahrheit, die in der Reichswehr herrscht, anerkannt wird, damit bin ich stolz. Ich kenne keinen Kritiker des Vertrags von Versailles, der das verbietet. Das wir die Geschichte unseres Vaterlandes ehren, sollte uns niemand verargen. Die Franzosen, aus deren Propaganda Bassen seine Vorwürfe schöpft, messen mit zweierlei Maß. Nichts vergrößert das Zusammen- und Nebeneinanderleben der beiden Völker mehr, als diese Richtigstellung, die uns immer wieder vor Augen hält, daß wir milderer Rechts sind.

Die Parteiführerbesprechungen

Berlin, 14. Dez. Bei der Besprechung des Reichsanwalters mit den Führern der Regierungsparteien legte der Kanzler eingehend die Gründe dar, warum er für seine Person die Bildung einer Bürgerblockregierung ablehne, und machte dann den Parteiführern Mitteilungen über die bisherigen Verhandlungen der Regierung, die zu dem bekannten Austrittsbeschlusse geführt haben. In der Aussprache lehnten die Demokraten eine Beteiligung an einer Rechtsregierung einmütig ab. Der sozialparteiliche Abgeordnete Scholz teilte noch einmal die Entscheidung des Vorstandes seiner Fraktion mit, daß sich keine Partei an einer Regierungsbildung auf rein bürgerlicher Grundlage beteiligen wolle. Die Parteiführer konnten noch keinerlei Erklärungen für ihre Fraktion abgeben, da die Fraktion erst am Mittwoch nächster Woche zusammentreten wird. Reichsanwalt Dr. Marg hat beim Empfang der Parteiführer diese erklärt, ihre Fraktionen sobald als möglich nach Berlin zu berufen. Die Fraktionen sollen in den ersten Tagen der kommenden Woche zusammentreten.

Frankreich und die Regierungsbildung

Paris, 14. Dez. Die Regierungsbücher erklären jetzt schon ihre Unzufriedenheit mit der Kanzlerschaft Stresemanns. Die Blätter aller Schattierungen können sich nicht genug damit tun, mit Drohungen zu arbeiten, falls es zu einer Rechtsregierung kommen sollte.

Französische Unzufriedenheit über den deutsch-englischen Handelsvertrag

Paris, 14. Dez. Im „Echo de Paris“ drückt Verlinog seine Unzufriedenheit über den Abschluß der deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen aus. Da Deutschland jetzt wohl mit England ins Reine gekommen sei, werde es Frankreich gegenüber um so unerschütterlicher auftreten. Herricot hat wohl Mac Donald versprochen, ihn über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen aufzuklären, wobei aber sei das gleiche von England nicht geschehen. Verlinog klagt die englische Regierung außerdem an, bei den Verhandlungen mit Deutschland eigenmächtig vorgegangen zu sein und dem internationalen Standpunkt nicht Rechnung getragen zu haben. England habe sich auch nur um seine eigenen Bedürfnisse gekümmert.

Der vorläufige Bericht des Militärüberwachungs Ausschusses London, 14. Dez. Der Bericht, den die Volkshüterkonferenz von dem Militärüberwachungs Ausschuss erhalten hat, ist nicht endgültig, sondern ein vorläufiger. Danach würde die Klüftung der Räter Zone auf Grund der juristischen Darlegungen des Versailler Vertrages entschieden werden können. Man sei in englischen Kreisen der Ansicht, daß der in Aussicht stehende endgültige Bericht für Deutschland nicht so ungünstig ausfallen dürfte, wie man im allgemeinen angenommen hat. Man sei nicht beunruhigt darüber, daß Deutschlands Hoheitsrechte größer sei als der Versailler Vertrag vorsehe, denn die ergänzenden Verbände seien unbewaffnet. Die Sicherheitspolizei sei zwecklos eine militärisch geführte und gut ausgerüstete Truppe. Sie müßte aber bewaffnet sein, um für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Bestellt den „Gesellschafter!“

Württemberg

Stuttgart, 13. Dez. Zusammentritt des Landtags. Es sieht nunmehr fest, daß der Landtag am kommenden Dienstag, 16. Dez., zu einer kürzeren Tagung zusammentreten wird. Neben der Behandlung verschiedener kleiner Anfragen und der ersten Lesung von vier Nachträgen zum Haushaltsplan 1924 soll vor allem ein neues Haushaltsverlängerungsgesetz am 31. Dezember seine Gültigkeit verlieren.

Der Finanzausschuss legte seine Beratungen über die staatliche Polizeiverwaltung fort. Minister Holz erklärte an einem Abbaue der Polizei der Landgemeinden könne es nicht herangehen, auf 1000 Personen komme durchschnittlich ein Polizist. Er werde auf die ausgleichende Regelung der Besetzung der Polizei hinarbeiten. Polizeipräsident Krieger, der sich zu den vorgebrachten Klagen äußerte, schloßerte an Hand der Akten die gemachte Klärung des kommunikativen Polizeistandes. Die Polizei sei zunächst mit außerordentlicher Mühe vorgegangen, das Publikum habe sich aber unter hervorragender Mithilfe von Reichswehrsoldaten immer wieder gegen die Polizei gewandt, diese mit Schmutz und andern Gegenständen beworfen und zuletzt sei ein Polizeibeamter von einem Reichswehrsoldaten mit blankem Säbel niedergeschlagen worden. Wenn dann die Polizei schärfer vorgegangen sei, habe sie pflichtgemäß gehandelt. Minister Holz gab noch Auskunft über die Kraftverkegungsgesellschaft, die eine private Gesellschaft sei und keinen Pfennig Staatsunterstützung mehr erhalte. In der Sitzung vom Samstag stimmte der Finanzausschuss einem Antrag Dr. Scheermann (Zr.) zu, wonach der Landtag das Ministerium des Innern ersuchen soll, im Interesse der heimischen Pferdezeit den Bedarf an Pferdmaterial für die württembergische Polizei möglichst durch Ankauf beim Landgestüt oder bei den Militärzuchtern zu decken, und von sich aus oder durch Vermittlung des Ernährungsministeriums ihre Remontierungskommission 2 beim Reichswehrministerium in Berlin für die Beschaffung des Ankaufes von Remonten aus württembergischer Zucht durch die Reichswehr hinzuzurufen. In der Besprechung des Kap. 16 legte der Berichterstatter die bessere Ausrüstung der Verkehrspolizei, vor allem mit Motorrädern an. Ein Regierungsvertreter machte Mitteilung über Änderungen des Polizeiverwaltungsgegesetzes. Ein komm. Redner war der Ansicht, daß das frühere Vertrauensverhältnis zwischen Bevölkerung und der Polizei seit der Verstaatlichung der letzteren verschwunden sei. Demgegenüber wies der Minister Holz darauf hin, daß in ganz Württemberg nur etwa 100 Polizisten mehr tätig seien wie vor dem Kriege. Im übrigen bestritt der Minister die Berechtigung der Klagen. Die Gemeinden müßten entsprechend dem bestehenden Bedürfnis nach polizeilichem Schutz auch zur Umlage herangezogen werden. Bei dem Kapital Gesundheitswesen entspann sich eine längere Debatte über die gesundheitlichen Verhältnisse im Lande. Ein Zentrumredner verlangte Auskunft über den Stand der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheitsbekämpfung. Er kritisierte die Art der Schüleruntersuchungen, bemängelte, daß die Kleinlehrer oft vielfach in schlechten Räumen untergebracht seien, und daß mehr auf dem Gebiete der jugendlichen Ausbildung durch Merkblätter und andere Mittel geschehen müsse. Von einem Redner der Bürgerpartei wurde es als verächtlich bezeichnet, daß das Medizinalkollegium abgelehnt worden sei. Die ganze Volksaufklärung über die gesundheitlichen Fragen müsse grundlegend geändert werden. Mit dem alten Schema komme man nicht mehr durch. Medizinischer Direktor Scheuvenlen nahm das medizinische Landesuntersuchungsamt in Schutz. Er werde seiner Aufgabe voll und ganz gerecht. Die Art der Schüleruntersuchungen lasse allerdings manches zu wünschen übrig.

Vortrag Edener in Stuttgart. Auf Einladung des Deutschen Ausland-Instituts sprach Freitagabend in der Völkerei der Führer des Amerikafußes Dr. Edener. Dem Vortrag wohnte die gesamte Staatsregierung, General Reinhardt, Dr. Dürer-Friedrichshofen und Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden an. Unter großer Begeisterung empfingen, ergriff Dr. Edener das Wort und reicherhaltete die Heberführung des Aufschlusses nach Amerika. Viele Kreise seien in Deutschland mit Bewundern erfüllt gewesen, daß man den Aufschluß habe hinüberbringen müssen. Er habe es aber getan, weil er geglaubt habe, daß es für Deutschland nützlich und gut sein müsse (lebh. Beifall). Der Redner verbreitete sich dann über Einzelheiten der Fahrt sowie über die technischen und politischen Erfolge. Zum Schluß gab er der Hoffnung Ausdruck, daß die Fahrt des „R.“ auch fernerhin zu einer Politik der Verständigung mit Nordamerika beitragen werde. Sodann fand vor geladenen Gästen im Rathauskeller ein Empfang zu Ehren Dr. Edeners seitens der Stadtverwaltung statt.

Siegfried Wagner in Stuttgart. Siegfried Wagner wird mit Gemahlin und seinen beiden ältesten Kindern am 17. Dez. der Aufführung des Märchenstücks „In allem ist Hütchen schön“ beimohnen.

60 Jahre Rotes Kreuz. Am August 1864 wurde in Genf auf Veranlassung Henry Dunants das Rote Kreuz gegründet. In Württemberg wurde der menschenfreundliche Gedanke sofort mit großem Verständnis aufgenommen. Was letzter das Rote Kreuz, insbesondere sein württembergischer Zweig, geleistet hat, ist genügend bekannt. Drei Kriege gaben Gelegenheit, die menschenfreundlichen Gedanken in die Tat umzusetzen. Was hier in erster Linie auf dem Gebiet der Krankenpflege, der Verbringung der Verwundeten und Kranken in die Heimat, der Pflege in den Lazaretten drinnen und im Lande selbst mit der Versorgung der Truppen mit Liebesgaben alles geschah, ist noch frisch in der Erinnerung. Nach der Beendigung des Krieges war das Rote Kreuz vor die Rohmbildung gestellt, sich auf die neuen, nicht minder wichtigen Friedensaufgaben umzustellen. Vor allem sei hier der Schatzung von Sanitätskolonnen auf dem Lande und die Auslandsdienste, die erholungsbefähigende Kinder monatelang im Banat, in Rumänien, Dänemark und Holland zur Kräftigung ihrer Gesundheit unterbrachte, rühmend Erwähnung getan. Das Bemühen ist der Institution zum Opfer gefallen. Unter dem Hinweis auf eine 60-Jährige, im Krieg

und Frieden erprobte, unerschöpfliche Tätigkeit tritt das Rote Kreuz in diesen Tagen an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Gaben für seine Jubiläumspende heran. Gaben nehmen dankbar entgegen: die Geschäftsstelle des Roten Kreuzes, Bismarckstr. 51, die Geschäftsstellen der Tageszeitungen und die Banken.

Wahnschneepersonenverkehr. Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Zur Bewältigung des stärkeren Personenverkehrs über Weihnachts- und Neujahr werden zu einer Reihe von Schnell- und Personenzügen Post- und Nachzüge gefahren.

Verfälschter Straßennuß. Das große Schöffengericht hat den mehrfach vorbestraften Hilfsarbeiter Friedrich Kern zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und den Hilfsarbeiter Karl Schanz, sowie den Maler Wilhelm Blum zu je 1 Jahr Gefängnis, bei allen drei unter Überbrennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre, verurteilt. Die noch ziemlich jungen Burschen hatten im September ds. Js. verlobt in der Anlage bei der Erbsenstraße einen älteren Mann seines Geldes zu berauben.

Vom Teufel. In der Nacht ließ sich beim Kriegsberg-tunnel ein 20 J. a. Optiker vom Zug überfahren. Er war sofort tot.

Erstgeheim, OX. Bessheim, 14. Dez. Die 6. Kahl. Dem Lehrer Gommel wurde die gesamte noch nasse Wäsche vom Waschseil weg gestohlen.

Tübingen, 14. Dez. Angenommener Ruf. Professor Dr. Walter Gerlach, Privatdozent und Assistent am physikalischen Institut in Frankfurt a. M., hat den Ruf hierbei auf die ordentliche Professur für Physik als Nachfolger von Professor Dr. Paschen angenommen.

Neustübingen, 14. Dez. Wollwechsel. Die Papierfabrik Krauß & Erben in Pfullingen ist an die Spinnerei Unterhausen übergegangen. Es steht augenblicklich noch nicht fest, ob die Bauarbeiten in ihrer jetzigen Form für den Spinnereibetrieb übernommen oder dem Abbruch unterstellt und neu aufgebaut werden wird.

Aus Stadt und Land.

Kasold, den 15. Dezember 1924.

Der erste Schnee.

Was fällt denn da vom Himmel wie Rindchen heiß und weich?
Das sind die ersten Fäden,
die tangen sein und leicht.
Da liegt das dicke Häkchen:
Der Schnee, der liebe Schneel!
Nun haben wir bald Schütten
und werken Ball, Luchse!
Ich geh mit Mantelchen
in unsern Hof hinaus
und hane einen Schneemann,
so groß wie unser Hans!

Der gestrige 3. Advents-Sonntag brachte zum erstenmal in diesem Jahre empfindliche Kälte. Unsere Fenster waren erstarrt. Dafür folgte aber ein desto schönerer sonniger Tag. Überall so leises Vorwachen für das kommende Weihnachtsfest. In den großenteils geöffneten Ladengeschäften wurden die Weihnachtskäufe gemacht und unsere Ketten waren in überglücklicher Stimmung. Möge die rechte Weihnachtsstimmung durch glückliche Vorbereitungen und Geschäftigkeit für das Fest nicht verloren gehen!

Verhütung. Die Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung hat die Wahl des städtischen Oberleitenden Schiech in Kasold zum Ortsvorsitzer der Gemeinde Felderwald OX. Krenschlager bestimmt.

Erste höhere Justizdienstprüfung im Herbst 1924. Bei der kürzlich vorgenommenen ersten höheren Justizdienstprüfung sind die nachgenannten Kandidaten für bestanden erklärt worden: Walter Ritter von Kasold, Walter Bökeler von Talm.

Abstieg. Nach über 20-jähriger Tätigkeit, zuerst als unabhängiger und später als händiger Lehrer am hiesigen Lehrerseminar und an der Präparandenanstalt, an dieser zuletzt Hauswart, hat uns in letzter Woche Herr Stadtmann Weindorner mit Familie verlassen, um als Scholastik das Bezirkskollegium Maulbronn-Weisingen, Sitz in Weisingen zu übernehmen. Wäher Verabschiedung hat Herr Weindorner während seines langjährigen Hierseins als Gemeinderat, Vorstand der Bezugsgruppe des Beamtenbunds, als Freund und früherer Aidentischler, sowie als Lehrer am Seminar und an der Präparandenanstalt erweist und welche Sympathien er mit Frau, einer Kasolderin, genoss, wurde in den verschiedenen Abschiedsvorlesungen, seinem bescheidenen Wesen entsprechend in ebenbürtigem Rahmen und in schlichter Form zum Ausdruck gebracht. Alle Freunde und Bekannte rufen der Familie Weindorner ein herzlichstes Lebenswohl nach.

Haiterbach. Sitzung des Gemeinderats vom 11. Dez. 1924. Die Bezüge der Beamten und Angestellten sind nach Vorgehen von Reich und Staat zu erhöhen und zwar trifft es die Beamten in den Bezügen der Gruppen I-VI vom 1. Nov. 1924 ab mit 12 1/2% und die übrigen Beamten vom 1. Dez. 1924 ab mit 10% Zuschlag. Vom Gemeinderat werden die geleglich vorgeschriebenen Beiträge zur Zahlung angeordnet und gleichzeitig auch die Bezüge der nebenberuflichen Beamten und Angestellten um 12% erhöht. — Auf Khan Abt. 17 und 13 soll nach Ausschreibung des Rüblerholzes das Sangholz Klasse III-V zur Turnhalle verwendet werden, und es erhält dieses Holz der Vorstand der Zimmerarbeiten Schwegelsberger Papier zugewiesen. Das im Schloß verbleibende Holz Klasse I und II und Söglholz Klasse I-III sowie das Rüblerholz soll nächster Tage — ausnahmsweise einzeln — an Ort und Stelle verkauft werden. Als Zahlungsbedingungen werden die finanziellen Bedingungen auch für unsere Verkäufe im Rechnungsjahr 1925 angewendet. — Das Verbot des Schöfhalers Kautschberger, das er bei Ueberlassung der Schafweide für das Jahr 1925 unter der Hand abgegeben hat, wird vom Gemeinderat angenommen. Es erhält Schöfhalter Kautschberger die hiesige Weide, die im Vorommer mit 150 Stück zu besetzen ist, um jährlich 1000 Mark. — Der zwischen Apolliter Hensberg und der Stadt-

gemeinde abgeschlossen für das Weihnachtsjahr weidung vom Gemeindefiskus der R. — am Beurlaubung Anzeigewesen kommt der 27. Waisen ein S erhalten. — Von dem Einze Nagold-Güter Abgaben unterrichtet. Neufahrten werden aus Oberkammerhof, erweitert, als die Ark ausführt werden. G reffe der in Hiesigen Arbeiterwesen sehr loß- und Stundung Abends zur weiteren hat der Gemeindevor-

Brensorf, 15. Sonntag letzte die ihr 31. Die Jubiläum Herr Schuchert die nung für neue Pfand Bescheid. In bewert die erzielte Ertrags abnutz sein, them der Gemeinde vor z stehen

Oberkammerhof, 11. ein 38-jähriger Mann als O hier in Sonntag Ertrags zusammen Kralog — die beiden zu einander Stehende junge Burche in der Nähe von Unterthalb einem Sinter-Mer in kommander Mann fa anlehre die Verheiratung nach Nagold. losem Zustand und kommen werden.

Freudenstadt, 13. Eine angenehme Rede der zahlreichen Familien weihnachtsfreude. Die von Stadtobligationen 60 Jahren, die nicht Jahr und das lauten gung. Personen u

Nordklingen OX. des Landwirts Plas der ganze Nachschub konnte die Ausbehn werke verhindern. M oermittel.

Kleine Nachrichten

Das Erdbeben. Freitag früh 4 1/2 Uhr eine entstand große aus dem Ostlichen Banco gemeldet, mo lachte, der unter der die. Auch in Talm ein Bevölkerung ins Freie K Radbeben von gering des Schiffes vom H

mehrere Häuser Riffe. Infolge brach das De dem Taglamente total Ferner ist das Beben noch Finne verspät e spürte Erdbeben wurde Reichs anderer Orte O Das um 4.30 Uhr ein feilt, daß Türen aufspr gegenstände sich beme durch das Beben aus B Beben eine Verpän

14 Tempel zerstört in Kantonen (britisch) Buddha-Tempel zerstört

Dr.



